

„Die Brandmauer muss halten“

Altbundespräsident Christian Wulff dringt auf Distanz zur AfD und sieht seine CDU im Umgang mit den Rechtsextremen besonders in der Pflicht. Ein Gespräch über das, was nie mehr passieren darf – und was man dafür tun kann.

Von Dany Schrader
und Felix Harbart

Hannover. Im Januar 2024 hat Altbundespräsident Christian Wulff bei einer Demonstration gegen Rechts-Extremismus auf dem Opernplatz in Hannover vor 35.000 Menschen eine beeindruckende Rede gehalten. Im Rahmen der neuen HAZ-Gesprächsreihe „Weiter denken“ haben wir gemeinsam mit Leserinnen und Lesern mit ihm darüber gesprochen, wie sich der Zustand der Demokratie seither verändert hat und was er für die Zukunft erwartet – an Ort und Stelle im Opernhaus. Lesen Sie hier die wichtigsten Aussagen des Abends.

Herr Wulff, vor zwei Jahren haben Sie vor der Oper in Hannover eine sehr besondere Rede gehalten. 35.000 Menschen waren bei einer Demonstration zusammengekommen, um dagegen zu protestieren, dass Rechts-extreme aller Couleur unter Beteiligung der AfD in einer Potsdamer Villa die sogenannte Remigration geplant hatten. Was hat dieser Tag in Ihnen ausgelöst?

Ich war natürlich, wie alle, die dort waren, begeistert, dass so viele da waren. Dass es so schnell und so spontan gelungen war, so viele Menschen zusammenzubringen, die alle das Gefühl hatten: Wir müssen etwas tun, wir müssen ein Zeichen setzen für unsere bunte Republik, für unser vielfältiges Land, für unsere Art zu leben. Ich bin natürlich geprägt durch meine Zeit als Bundespräsident, in der ich als erster Deutscher in Auschwitz reden durfte, besser gesagt musste. Ich bin auch geprägt durch meinen Vater, der vor der Bundestagswahl 1969, als ich zehn Jahre alt war, erschüttert war, dass Deutsche, etwas mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Holocaust, im Begriff waren, die NPD in den Bundestag zu wählen. So etwas dürfe nie wieder passieren. Das Gespräch hat mich geprägt.



„Begeistert, dass so viele da waren“: Christian Wulff bei seiner Rede auf dem hannoverschen Opernplatz im Januar 2024. FOTO: DPA

Sie haben damals den Satz gesagt: „Demokratie klingelt nicht, wenn sie geht! Auf einmal kann sie weg sein.“ Wie sehen Sie die Lage zwei Jahre später?

Seitdem ist die Aufgabe noch größer geworden. Ich war vor einigen Monaten in Istanbul und habe mit meinem Freund, dem Istanbul Oberbürgermeister, zu Abend gegessen. Zwei Tage später wurde er verhaftet und sitzt seither im Gefängnis. Der Hauptvorwurf ist nach Meinung vieler, dass er ausweischend der Umfragen beliebter ist als Staatspräsident Erdogan. Für die Demokratie einzutreten, wenn es sie gibt, das kostet fast gar nichts. Aber für sie einzutreten, wenn es sie nicht mehr gibt, das ist mit erheblichen Risiken verbunden. Im Iran sterben die Menschen im Moment im Kampf um Freiheit. Man weiß Dinge oft erst zu schätzen, wenn sie nicht mehr da sind. Es ist belastend, dass das Klima bei uns rauer wird, Spaltungen geschürt werden, statt dass wir gemeinsam Probleme demokratisch lösen. Wir haben dazu alle Möglichkeiten.

Nichtsdestotrotz steigen die Zustimmungswerte der AfD weiter. Wieso schaffen die demokratischen Parteien es nicht, dem etwas entgegenzusetzen?

Ich persönlich, und da spreche ich auch als Mitglied der CDU, glaube, dass das Anwachsen oder Schwächerwerden der AfD ganz wesentlich davon abhängt, wie sich



„So etwas darf nie wieder passieren“: Altbundespräsident Christian Wulff im Gespräch mit HAZ-Leserinnen und -Lesern. FOTOS: CHRISTIAN BEHRENS

die demokratischen Parteien, insbesondere CDU und CSU, dazu verhalten. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir unser Ding machen, die wichtigen Themen ansprechen wie Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Bildung, soziale Fragen, Sicherheit und vor allem Probleme lösen – dann wird die AfD an Bedeutung verlieren. Wenn die rechte demokratische Mitte aber glaubt, dass man die AfD durch das ins Zentrum Rücken ihres einzigen Themas schwächen kann, dann wird sie sie stärken. Wenn führende Unionspolitiker sagen, die Mutter aller Probleme sei die Migration, halte ich das für dummes Zeug. Wenn wir aber die wirklich wichtigen Fragen annoncieren, dann wird die AfD schwächer werden, weil sie auf diese Fragen überhaupt keine Antworten haben.

”

Man muss es so offen sagen: Demokratie ist durch Mehrheiten abschaffbar.

Christian Wulff,
Altbundespräsident

Sollte die AfD verboten werden?

Bund und Länder haben ja eine Arbeitsgruppe, in der die Frage eines AfD-Verbetes ständig geprüft wird. Es ist nicht einfach, in Deutschland Parteien zu verbieten. Und ich kenne ehemalige Verfassungsrichter, die der Meinung sind, dass das Bundesverfassungsgericht nicht nur kluge Urteile gefällt hat. Das Urteil beispielsweise, nach dem die NPD nur deshalb nicht verboten werden konnte, weil sie nicht groß genug sei, war sehr merkwürdig. Denn jetzt hat man mit der AfD eine Partei, von der nun gesagt wird, sie sei zu groß, um sie zu verbieten. Ich bin dafür, dass dieser Arbeitskreis zu einem Ergebnis kommt. Und wenn das Ergebnis ist, dass es eine weit überwiegende Wahrscheinlichkeit gibt, dass es zu einem Verbot kommt, sollte das Verbot beantragt werden. Immerhin haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes damals hineingeschrieben, dass einzelne gefährliche Politiker Grundrechte verirken und Partei-

en verboten werden können. Das haben sie 1948/49 auf den Trümmern der Republik sitzend getan. Sie wussten: Es besteht immer eine Gefahr, dass Menschen auf den falschen Pfad geführt werden. Auch die NSDAP war zwischendurch verboten und ist dann wieder zugelassen worden. Wäre sie erneut verboten worden, wäre die Geschichte anders verlaufen.

Wie stabil ist die Brandmauer?

Sie muss halten, es darf keine Zusammenarbeit mit der AfD geben. Aber natürlich wird das eine große Kraftanstrengung bedeuten. Wenn sie nicht halten würde, würde die CDU/CSU in dieser Form nicht mehr bestehen, sie würde sich spalten. Es muss diesen Konsens der demokratischen Parteien geben, mit einer solchen Partei nicht zusammenzuarbeiten.

Sie haben vor zwei Jahren auf dem hannoverschen Opernplatz auch gesagt: „Die AfD ist eine rechtsextreme, rassistische, gegen die Menschenwürde gerichtete Partei.“ Wie begründen Sie das?

Wir sind für internationale Zusammenarbeit, haben deswegen die Vereinten Nationen, die Europäische Union. Wir wollen nicht nur die Interessen Deutschlands berücksichtigen, sondern auch die unserer Nachbarn. Die AfD sagt: Deutschland, Nationalismus, deutsche Interessen vor allen anderen, gegebenenfalls auch zulasten anderer. Wir sagen: Stärke des Rechts. Die AfD sagt: Das Recht des Stärkeren, so sei das eben in der Evolution. Wir sagen: Vielfalt, Pluralismus. Die sagen: Homogenität. Die AfD bezieht sich auf den Rechtshistoriker Carl Schmitt, der gesagt hat, Politik brauche Homogenität und müsse das Ab-

weichende ausstoßen und gegebenenfalls vernichten – das war die Ideologie, die zur Judenvernichtung hinführte. Schmitt bezeichnete die Nürnberger Rassegesetze als „Verfassung der Freiheit“. Und die AfD sagt, wir berufen uns auf den Volkssouverän. Der sei nicht identisch mit dem Staatsvolk. Diese Differenzierung ist unvereinbar mit demokratischen Parteien, die für Gleichheit der Menschen stehen. Die AfD sagt, sie vertrete die schweigende Mehrheit. Wir schützen auch Minderheitenrechte. Zu sagen, wir sind hier christliches Abendland, wir wollen keine Muslime, ist mit unserer Demokratie unvereinbar, in der es Religionsfreiheit gibt. Die sind für eine sogenannte illiberale Demokratie, die es gar nicht geben kann, die sie aber so nennen. Darin finden ständig Angriffe auf die Presse, die Justiz und auf Institutionen statt. Man muss es warnend sagen: Demokratie ist durch Mehrheiten abschaffbar.

”

Wenn führende Unionspolitiker sagen, die Mutter aller Probleme sei die Migration, halte ich das für dummes Zeug.

Christian Wulff,
Altbundespräsident

Viele Menschen machen sich auch Sorgen um die Demokratie in den Vereinigten Staaten, zuletzt angesichts der Verhaftungen und Tötungen der sogenannten Grenzschutzbehörde ICE in Minneapolis. Der Historiker Timothy Snyder hat dazu in der „Süddeutschen Zeitung“ geschrieben: „Selbst wer solche Vergleiche scheut, muss mittlerweile feststellen: Trumps Worte und Taten erinnern an die Logik des Totalitarismus unter Hitler und Stalin.“ Verwandeln sich die USA gerade vor unseren Augen in eine Diktatur? Die Gefahr besteht. Anzeichen dafür gibt es viele. Wir wissen nicht, ob die nächsten Wahlen frei stattfinden werden, ob ein Regierungswechsel möglich ist, oder ob manipuliert wird. Timothy Snyder ist nach Kanada ausgewandert, weil er nicht mehr frei wissenschaftlich arbeiten kann. Begriffe werden eliminiert, Bücher werden verboten. Der Rückzug der

Amerikaner aus der Entwicklungspolitik hat nachweislich sehr viele Menschenleben gekostet, das ist den Verantwortlichen offenkundig egal. Deswegen kann man eigentlich mit Hannah Arendt antworten: Der Tod der Empathie ist das erste und untrügliche Zeichen dafür, dass eine Kultur in die Barbarei verfällt. Und was etwa in Minneapolis mit Menschen gemacht wird, ist empathielos und unmenschlich.

Wie sollte Deutschland damit umgehen?

Es ist immer gut, sich anzuschauen, was man beeinflussen kann, was nicht, und seine Kräfte entsprechend zu konzentrieren. Das heißt für mich: Konzentration auf eine europäische Verteidigungsunion, auf eine Kapitalmarktunion, ein handlungsfähiges, starkes Europa, das den größten Binnenmarkt der Welt weiter ausbaut. Neue Partner suchen, Allianzen schmieden mit dem globalen Süden. Indien, Brasilien, Argentinien, Kanada, Mexico, Indonesien schauen stärker nach Europa. Mit Japan und Südkorea sind wir schon verbunden. Wir haben ganz viele Optionen, und die Europäer müssen aufhören, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Europa ist stark und besonders lebenswert. Wir müssen dringend unsere Einstellung ändern. Mit Zuversicht und Tatkraft unseren Kontinent erfolgreich gestalten, ins Gelingen verliebt sein. Ohne Selbstbewusstsein und Optimismus geht gar nichts.

Wenn wir uns in zwei Jahren wiederträfen, worauf würden Sie gern zurückschauen?

Dass wir demokratische Mehrheiten in allen Bundesländern verteidigt haben. Dass wir eine gute Wahl in Frankreich erlebt haben. Dass wir uns in Europa zusammengerauft und unsere Interessen besser vertreten und verteidigt haben. Dass wir gemeinsam den Krieg in der Ukraine beendet haben und die Ukraine ihre Souveränität bewahrt hat. Bis 2027 würde ich mir wünschen, dass das Thema Klimaschutz wieder eine größere Rolle spielt. Wenn wir jetzt alle rausgehen und noch mehr für unser Gemeinwesen tun, dann hoffe ich, dass wir 2027 auch wieder über andere Themen sprechen können als nur über die Rettung unserer Demokratie und weltoffenen Gesellschaft.

Info Das ganze Gespräch gibt es in einem Spezial des HAZ-Podcasts „Klar so weit?“ in der HAZ-App oder überall da, wo es Podcasts gibt.



„Wir müssen dringend unsere Einstellung ändern“: Christian Wulff (li.) im Gespräch mit HAZ-Chefredakteurin Dany Schrader, HAZ-Vizechefredakteur Felix Harbart und Leserinnen und Lesern im Opernhaus.



35.000 Menschen gegen rechts: Demonstration auf Hannovers Opernplatz am 20. Januar 2024. FOTO: FUTURE IMAGE - SKUPIN / STAMM